

Sehr geehrte Ratsfrau, sehr geehrter Ratsherr,

am 17. Dezember 2021 hat der Rat der Stadt Göttingen (ohne Gegenstimmen) beschlossen, das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 anzustreben und alle dafür nötigen Schritte im städtischen Wirkungskreis zu initiieren. Die Initiative GöttingenZero begrüßt dieses Umdenken, nachdem Anfang 2021 ein von uns angeregter Antrag mit der gleichen Zielrichtung noch keine Mehrheit im Rat fand.

Um das ambitionierte Ziel der Klimaneutralität unserer Stadt aber ernsthaft anzustreben, ist jetzt ein Aufbruch in Rat und Verwaltung notwendig. Den Worten muss konsequentes Handeln in den im städtischen Einflussbereich liegenden Feldern Ordnungspolitik, Haushaltspolitik und Wirken in die Stadtöffentlichkeit folgen.

Klimaneutralität 2030 kann nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Politik und Verwaltung mit Bürgerschaft, Hochschulen, Industrie, Handel und Gewerbe erreicht werden. Es ist deshalb dringend erforderlich, ein Lenkungsgremium (z.B. in Form eines „Runden Tisches“ mit Vertretung aller relevanten Akteure einschließlich des Landkreises) einzurichten, durch das die Klimaschutzmaßnahmen in allen Bereichen abgestimmt und koordiniert werden. Der Klimaschutzbeirat ist dafür nicht die geeignete Plattform.

Auf ordnungspolitischer Ebene ist es notwendig, dem Klimaschutz bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen und Baurichtlinien (z.B. Solarpflicht) Vorrang zu geben. Weitgehend klimaneutrale Gebäude sind die beste Antwort auf steigende Energiepreise. Dabei muss die Stadt bei ihrem eigenen Gebäudebestand und dem der Städtischen Wohnungsbau mit gutem Beispiel vorangehen. Die Möglichkeiten zur Ausweisung von Flächen für Freiflächen-/Agri-Photovoltaik und Windkraft auch im Stadtgebiet (z.B. Esebeck, Deppoldshausen, Hetjerhausen und Geismar) müssen ernsthaft und vorurteilsfrei geprüft werden. Die Emissionen im Verkehrsbereich können nur durch den Vorrang von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr vor dem motorisierten Individualverkehr abgebaut werden. Dazu bedarf es auch einer engen Abstimmung mit dem Landkreis hinsichtlich des Pendlerverkehrs.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf für 2022 spiegelt die neue Situation durch den Beschluss zur Klimaneutralität 2030 nicht wider und muss deshalb im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen im Rat deutlich korrigiert werden. Die Einstellung von Mitteln für die Umsetzung des von uns vorgelegten Sofortprogramms „Klimaschutz in Göttingen jetzt“ wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Dazu gehört aber auch eine ehrliche Ausweisung der vorgesehenen Ausgaben für Klimaschutz im sog. „Klimabudget“ (S. 57-59 des Haushaltsplanentwurfs), um den Eindruck von Schönfärberei zu vermeiden. In der jetzigen Version wird „für Klimaschutz“ eine Ausgabensumme von 13,65 Mio. € genannt, der aber überwiegend eine belastbare Grundlage fehlt.

Wie die anliegende Analyse zeigt, ergeben sich auch bei großzügiger Betrachtung deutlich weniger als die Hälfte der im Klimabudget ausgewiesenen 13,65 Mio € (bei Gesamtinvestitionen von 44,2 Mio € und einem Gesamthaushalt von über 520 Mio €).

Es ist höchste Zeit für die kommunale Politik und die Stadtverwaltung, konsequent zu handeln und den Klimaschutz in der Stadt endlich energisch voranzutreiben. Dringend erforderlich ist jetzt ein Sofortprogramm für 2022, das dem im Ratsbeschluss vom 17.12.2021 formulierten Anspruch tatsächlich gerecht wird. Das von uns im Dezember vorgelegte Programm „Klimaschutz in Göttingen jetzt“ (ebenfalls anliegend) ist dafür eine gute Basis. Viel zu viel Zeit ist schon vertan worden und mit jeder weiteren Verzögerung wird die Aufgabe schwerer, Göttingen bis 2030 klimaneutral zu machen. Wir bitten Sie deshalb, sich in Ihrer Arbeit im Rat der Stadt und insbesondere auch in Ihrer Fraktion dafür einzusetzen, dass der kommende Haushalt einen wirklichen Aufbruch in Richtung Klimaschutz bedeutet und dass die im Rahmen des städtischen Einflußbereich liegenden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen (z.B. im Bau- und Verkehrsbereich) dem Ziel der Klimaneutralität 2030 angepasst werden.

Für Nachfragen und weitere Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

GöttingenZero

## Kurzanalyse des „Klimabudgets“ im Haushaltsplanentwurf für 2022 (S.57-59)

Im „Klimabudget“ ist Ausgabensumme von 13,65 Mio € ausgewiesen. Dies wären etwa 31% der insgesamt vorgesehenen Investitionen, allerdings nur etwa 2,6% des gesamten Haushaltsvolumens von ca. 520 Mio €. Es fehlt allerdings eine Ausweisung der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch die aufgeführten Maßnahmen, so dass ihre Wirksamkeit quantitativ eingeschätzt werden könnte.

Die genannte Ausgabensumme hat dazu noch zu großen Teilen keine belastbare Grundlage. So werden für die Kosten von Baumaßnahmen an städtischen Liegenschaften, die nicht ausschließlich der energetischen Sanierung dienen, pauschal Prozentsätze zwischen 10% und 75% „für Klimaschutz“ angesetzt. Auf welcher Grundlage diese Sätze bestimmt werden, wird nicht mitgeteilt. Werden bei Neubauten die entsprechenden Beträge etwa in Geothermie, Solarthermie und Photovoltaik investiert? Werden höhere Effizienzstandards als gesetzlich vorgeschrieben angestrebt, z.B. Passivhaus-Standard? Im Wohnungsbau werden für übrigens für Passivhausstandard nur etwa 10% Mehrkosten angesetzt. Im Folgenden werden beispielhaft nur einige der fragwürdigen Posten im Klimabudget aufgeführt.

- Erweiterung des Otto-Hahn-Gymnasiums:  
2,2 Mio € (50% der Kosten) für Klimaschutz?
- Sanierung und Anbau Kita Pfalz-Grona-Breite:  
0,4 Mio € (25% der Kosten) für Klimaschutz?
- Sanierung Otfried-Müller-Haus:  
0,38 Mio € (25% der Kosten) für Klimaschutz?
- Sanierung Freibad Brauweg:  
2,25 Mio € (100% der Kosten!) für Klimaschutz?
- Sanierung Mehrzweckhalle Holtensen:  
0,5 Mio € (100% der Kosten!) für Klimaschutz?
- Umgestaltung Cheltenham Park (wieviel CO<sub>2</sub> wird dadurch vermieden?):  
0,5 Mio € (100% der Kosten!) für Klimaschutz?
- Laufende Zuschüsse für die Göttinger Verkehrsbetriebe:  
1,1 Mio € (100% der Kosten!) für Klimaschutz?
- Grunderneuerung von Bushaltestellen:  
0,15 Mio € (100% der Kosten!) für Klimaschutz?
- Quartiersarbeit (Beschäftigungsförderung):  
0,15 Mio € (100% der Kosten!) für Klimaschutz?

Etliche weitere Positionen und die angegebenen Prozentzahlen „für Klimaschutz“ bedürfen einer kritischen Überprüfung, aber allein die obigen Positionen summieren sich bereits auf ca. 7,5 Mio €, d.h. weit mehr als die Hälfte der ausgewiesenen Gesamtsumme von 13,65 Mio €. Dazu kommen beispielsweise noch 0,92 Mio € für die Umstellung auf LED-Beleuchtung in Sporthallen – sicher ein Beitrag zum Klimaschutz, aber eine sehr hohe Summe, deren Belastbarkeit überprüft werden sollte.

Schaut man auf der anderen Seite nach, welche Maßnahmen aus dem „Klimaplan Göttingen 2030“, der ja die Richtschnur für die Maßnahmen der Stadt sein soll, sich im Planentwurf wiederfinden, so stößt man lediglich auf die Punkte „Klimafonds“ (0,25 Mio €), „Voruntersuchung Quartiere KfW 432“ (0,1 Mio €), „Energieberatungskampagne“ (60.000 €), ggf. noch Konzepte für Parkraummanagement und Nahmobilität (zusammen 60.000 €) sowie die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans und das Radroutennetz (zusammen 0,2 Mio €), in der Summe also weniger als 0,7 Mio €.

Im „Klimabudget“ wird folglich eine scheinbar eindrucksvolle Zahl präsentiert, die einer realistischen Überprüfung aber nicht standhält. Will die Stadt so ihrem an erster Stelle in der „Präambel zum Haushalt“ genannten strategischen Ziel „Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz, Klimaanpassung und Biodiversität“ folgen?

Eine Stadt, die sich gerade das Ziel Klimaneutralität 2030 gesetzt hat, darf doch nicht einfach ein „weiter so“ in ihrem Haushalt formulieren und dabei ihre Investitionen in Klimaschutz auch noch hoch- und schönrechnen. Dringend erforderlich ist jetzt ein Sofortprogramm für 2022, das dem im Ratsbeschluss vom 17.12.2021 formulierten Anspruch tatsächlich gerecht wird. GöttingenZero hat bereits im Dezember ein solches Programm vorgelegt und auch der Oberbürgermeisterin übergeben – es ist höchste Zeit für die kommunale Politik und die Stadtverwaltung, konsequent zu handeln und den Klimaschutz in der Stadt endlich energisch voranzutreiben.